Bundesgesetzblatt

1781

Teil II

Z 1998 A

1975 | Ausgegeben zu Bonn am 2. Dezember 1975 | Nr. 70

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 3. November 1975

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Januar 1975 zu dem Vertrag vom 3. Oktober 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 49) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 1 sowie das Protokoll und der Briefwechsel Nummer 1 und Nummer 3

am 1. Oktober 1975

in Kraft getreten sind.

Bonn, den 3. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Vom 6. November 1975

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 121) tritt nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Belgien	am 16. November 1975
Chile	am 3. Dezember 1975
Vereinigtes Königreich	am 23. Dezember 1975

in Kraft.

Belgien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nach Artikel I Abs. 3 des Übereinkommens erklärt, daß es das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden werde, die in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats ergangen sind.

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt, daß es nach Artikel X des Übereinkommens dessen Anwendung auf Gibraltar ausdehne.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Juli 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1132).

Bonn, den 6. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Vom 6. November 1975

Togo hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es die Bestimmungen des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639) nach dessen Artikel XI § 43

mit Wirkung vom 16. September 1975

auf den Weltpostverein — UPU — (Anhang VIII des Abkommens) anwende.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. April 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 288, 327) und vom 5. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 911).

Bonn, den 6. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der Vereinbarung über Ozeanstützpunkte im Nordatlantik

Vom 17. November 1975

Die Vereinbarung vom 25. Februar 1954 über Ozeanstützpunkte im Nordatlantik (Bundesanzeiger Nr. 55 vom 20. März 1958) ist nach ihrem Artikel XIX

am 30. Juni 1975

außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Juli 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 971).

Bonn, den 17. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Schaffung bestimmter trawlerfreier Zonen in Gebieten, die sich an die derzeitige norwegische Fischereigrenze anschließen

Vom 25. November 1975

In Oslo ist durch Notenwechsel vom 30. Januar 1975 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Schaffung bestimmter trawlerfreier Zonen in Gebieten, die sich an die derzeitige norwegische Fischereigrenze anschließen, getroffen worden. Durch einen weiteren Notenwechsel vom selben Tage ist zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Vereinbarung auch für das Land Berlin gilt. Die Vereinbarung ist nach ihrer Nummer 5

am 30. Januar 1975

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. November 1975

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
Rohr

(Übersetzung)

Minister without Portfolio

Oslo, 30 January 1975

Your Excellency,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between our two Governments concerning the question of creating certain trawler-free zones in areas adjacent to the present Norwegian fishery limit, and to the letters exchanged between Norway and the European Economic Community on 29 January 1975.

In the discussions, the Norwegian side referred to the inadequacy of the existing arrangements to protect concentrations of Norwegian fixed fishing gear against damage by trawlers. In the light of these discussions and as a further contribution to the endeavours of the North East Atlantic Fisheries Commission to conserve fish stocks, my Government wishes to propose the following:

1. Vessels of the Federal Republic of Germany using trawls will not fish in the zones and during the periods specified in the Annex attached to this Note.

2. All vessels using trawls, including Norwegian vessels, will be subject to the same restrictions without any discrimination. Any exemptions from these restrictions or any more favourable conditions for trawlers which Norway may grant to its vessels or agree upon with other states shall equally apply to vessels of the Federal Republic of Germany.

3. Each Government shall take the measures necessary to ensure compliance with these provisions. To this end, the Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that trawlers registered in the Federal Republic of Germany do not fish within the areas defined in the Annex during the periods specified.

If there is reason to believe that an infringement of these provisions has occurred, the commander of a Norwegian fishery protection vessel may stop, board and inspect trawlers registered in the Federal Republic of Germany in any trawler-free zone defined in the Annex.

Such inspection, which shall be carried out with due regard to the need for safe navigation and the rules of good seamanship, shall be by an authorised officer, who may board the vessel to inspect relevant documents and the fishing gear. If the officer considers that an infringement has occurred, he may instruct the Master of the trawler to cease fishing and to leave the zone. The authorised officer shall draw up a report for submission to the flag state.

Nothing in the provisions of this paragraph shall affect the arrangements already in force between our two countries governing the inspection of fishing vessels.

4. Nothing in this Agreement shall be deemed to prejudice the views of either Government as to any question concerning the Law of the Sea, including jurisdiction in fishery matters.

Minister ohne Geschäftsbereich

Oslo, den 30. Januar 1975

Exzellenz,

ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen unseren beiden Regierungen über die Frage der Schaffung bestimmter trawlerfreier Zonen in Gebieten, die sich an die derzeitige norwegische Fischereigrenze anschließen, und auf den Briefwechsel zwischen Norwegen und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 29. Januar 1975 Bezug zu nehmen.

In den Gesprächen wies die norwegische Seite auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Abmachungen zum Schutz von Ansammlungen norwegischer fester Fanggeräte gegen Beschädigung durch Trawler hin. Im Lichte dieser Gespräche und als weiteren Beitrag zu den Bemühungen der Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik um die Erhaltung der Fischbestände möchte meine Regierung folgendes vorschlagen:

1. Schiffe der Bundesrepublik Deutschland, die Schleppnetze benutzen, werden in den Zonen und während der Zeiten, die in der Anlage zu dieser Note bestimmt sind, nicht fischen.

2. Alle Schiffe, die Schleppnetze benutzen, einschließlich der norwegischen Schiffe, unterliegen ohne Diskriminierung denselben Beschränkungen. Ausnahmen von diesen Beschränkungen oder günstigere Bedingungen für Trawler, die Norwegen seinen Schiffen gewährt oder mit anderen Staaten vereinbart, gelten gleichermaßen für Schiffe der Bundesrepublik Deutschland.

3. Jede Regierung trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Bestimmungen sicherzustellen. Zu diesem Zweck sorgt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür, daß in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Trawler nicht in den Gebieten und während der Zeiten fischen, die in der Anlage bestimmt sind.

Besteht Grund zu der Annahme, daß eine Verletzung dieser Bestimmungen vorliegt, so kann der Kapitän eines norwegischen Fischereischutzbootes in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Trawler in einer der in der Anlage bestimmten trawlerfreien Zonen anhalten, betreten und besichtigen.

Die Besichtigung, die unter gebührender Berücksichtigung des Erfordernisses der Sicherheit der Schiffahrt und der Regeln für gute Seemannschaft durchzuführen ist, erfolgt durch einen bevollmächtigten Beamten, der das Schiff betreten kann, um die einschlägigen Papiere einzusehen und die Fanggeräte zu überprüfen. Ist der Beamte der Auffassung, daß eine Verletzung vorliegt, so kann er den Kapitän des Trawlers anweisen, das Fischen einzustellen und die Zone zu verlassen. Der bevollmächtigte Beamte verfaßt einen Bericht, der dem Flaggenstaat vorzulegen ist.

Dieser Absatz läßt die bereits zwischen unseren beiden Ländern geltenden Abmachungen über die Inspektion von Fischereifahrzeugen unberührt.

4. Diese Vereinbarung läßt die Auffassungen beider Regierungen über Fragen des Seerechts einschließlich der Fischereihoheit unberührt.

5. If the foregoing proposals are acceptable to the Government of the Federal Republic of Germany, I have the honour to propose that this Note and Your Excellency's reply in that sense shall constitute an Agreement between our two Governments which shall become effective 30 January 1975 and shall remain in force until terminated by written communication from either Party with not less than four months' notice, and having due regard to the effects of termination upon seasonal fishing operations.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurance of my highest consideration.

Jens Evensen

His Excellency
Monsieur Otto E. Heipertz,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary
of the Federal Republic of Germany,
Oslo

5. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den obigen Vorschlägen einverstanden ist, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die entsprechende Antwort Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die am 30. Januar 1975 in Kraft tritt; sie bleibt in Kraft, bis sie von einer Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von mindestens vier Monaten schriftlich gekündigt wird; hierbei sind die Auswirkungen der Kündigung auf den saisonalen Fischfang gebührend zu berücksichtigen.

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Jens Evensen

Seiner Exzellenz
Herrn Otto E. Heipertz
Außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter
der Bundesrepublik Deutschland
Oslo

Annex

Zone 1 (Jennegga — Malangsgrunnen)

Definition:	N 68°50'	E 13°50',	N 69°09'	E 13°37',
	N 69°33'	E 15°32',	N 70°00'	E 16°28',
	N 70°00'	E 17°28'		

Period of Closure: 20 October—20 March

Zone 2 (Hjelmsøybanken)

Definition:	N 71°17'	E 23°47',	N 71°50'	E 23°47',
	N 71°50'	E 25°40.5',	N 71°23'	E 25°40.5'

Period of Closure: 1 November—31 March

Zone 3 (Nordbanken/Øverbanken)

Definition:	N 70°55'	E 30°10.5',	N 71°12'	E 30°43',
	N 70°45'	E 31°50',	N 70°34'	E 31°29'

Period of Closure: 1 October—1 March

The Zones are bounded on the landward side by the Norwegian fishery limit and on the seaward side by straight lines joining the points specified.

Anlage

Zone 1 (Jennega — Malangsgrunnen)

Bestimmung:	N 68°50'	O 13°50',	N 69°09'	O 13°37',
	N 69°33'	O 15°32',	N 70°00'	O 16°28',
	N 70°00'	O 17°28'		

Sperrzeit: 20. Oktober — 20. März

Zone 2 (Hjelmsøybanken)

Bestimmung:	N 71°17'	O 23°47',	N 71°50'	O 23°47',
	N 71°50'	O 25°40,5',	N 71°23'	O 25°40,5

Sperrzeit: 1. November — 31. März

Zone 3 (Nordbanken/Øverbanken)

Bestimmung:	N 70°55'	O 30°10,5',	N 71°12'	O 30°43',
	N 70°45'	O 31°50',	N 70°34'	O 31°29'

Sperrzeit: 1. Oktober — 1. März

Die Zonen werden landwärts durch die norwegische Fischereigrenze und seewärts durch gerade Verbindungslinien zwischen den genannten Punkten begrenzt.

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Oslo, den 30. Januar 1975

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom 30. Januar 1975 zu bestätigen, mit welchem Sie im Namen Ihrer Regierung den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Norwegen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorschlagen und der wie folgt lautet:

(Es folgt der Wortlaut der vorstehenden Note)

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung mit den in Ihrem Brief enthaltenen Vorschlägen einverstanden ist. Ihr Brief und dieser Antwortbrief bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen, die am 30. Januar 1975 in Kraft tritt und die auch für das Land Berlin gilt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Norwegen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Briefwechsels eine gegenteilige Erklärung abgibt. Ich wäre Ihnen für die Bestätigung der Einbeziehung des Landes Berlin in diese Vereinbarung dankbar.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Otto E. Heipertz

Seiner Exzellenz
Herrn Jens Evensen
Minister ohne Geschäftsbereich
Oslo

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über die Weitergeltung des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1968 in der Fassung der Verlängerung

Vom 26. November 1975

Das vom Internationalen Kaffeerat am 26. September 1974 mit Entschließung Nr. 273 genehmigte Protokoll über die Weitergeltung des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1968 in der Fassung der Verlängerung ist nach seinem Artikel 5 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Oktober 1975

in Kraft getreten.

Das Protokoll ist am gleichen Tage in Kraft getreten für

Äthiopien
Australien
Bolivien
Brasilien
Dahome
Dänemark
Ecuador
Elfenbeinküste
Frankreich
Gabun
Ghana
Guinea
Honduras
Indien
Indonesien
Kamerun
Kanada
Kenia
Kongo
Madagaskar
Neuseeland
Nicaragua
Niederlande (nur für das Königreich in Europa)
Nigeria
Norwegen
Ruanda
Schweden
Schweiz
Sierra Leone
Spanien
Tansania
Togo
Trinidad und Tobago
Tschechoslowakei
Uganda
Venezuela
Vereinigtes Königreich
Zaire
Zentralafrikanische Republik
Zypern

Das Protokoll ist nach seinem Artikel 5 Abs. 2 am 1. Oktober 1975 vorläufig in Kraft getreten für

Belgien
Burundi
Costa Rica
El Salvador
Finnland
Guatemala
Haiti
Jamaika
Jugoslawien
Kolumbien
Luxemburg
Mexiko
Panama
Paraguay
Peru
Portugal
Vereinigte Staaten

Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Protokoll über die Weitergeltung des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1968 in der Fassung der Verlängerung

Protocol for the Continuation in Force of the International Coffee Agreement 1968 as Extended

Protocole pour le maintien en vigueur de l'Accord international de 1968 sur le Café tel que prorogé

The Governments Party to this Protocol,

CONSIDERING that the International Coffee Agreement 1968 as Extended is due to expire, under the provisions of paragraph (1) of Article 69 thereof, on 30 September 1975;

CONSIDERING that the time required both to negotiate a new Agreement with economic provisions and to carry out the constitutional procedures for approval, ratification or acceptance will not permit such an Agreement to enter into force on 1 October 1975; and

CONSIDERING that in order to allow adequate time for the negotiation of a new Agreement and the completion of the necessary constitutional procedures, the International Coffee Agreement 1968 as Extended should continue in force beyond 30 September 1975,

HAVE AGREED as follows:

Article 1

The International Coffee Agreement 1968 as Extended (hereinafter referred to as "the Agreement") shall continue in force between the Parties to this Protocol until 30 September 1976. Should a new International Coffee Agreement enter into force before that date, this Protocol shall cease to have effect on the date of the entry into force of the new International Coffee Agreement. If by 30 September 1976 a new Agreement has been negotiated and has received a sufficient number of signatures to enable it to enter into force after approval, ratification or acceptance in conformity with the relevant provisions

Les Gouvernements Parties au présent Protocole,

CONSIDÉRANT que l'Accord international de 1968 sur le Café tel que prorogé arrive à expiration, aux termes du paragraphe 1 de l'Article 69 dudit Accord, le 30 septembre 1975;

CONSIDÉRANT que les délais nécessaires pour négocier un nouvel Accord avec des dispositions économiques et pour accomplir les procédures constitutionnelles relatives à son approbation, sa ratification ou son acceptation ne permettront pas à un tel Accord d'entrer en vigueur le 1[er] octobre 1975;

CONSIDÉRANT que pour laisser le temps nécessaire à la négociation d'un nouvel Accord et à l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises, l'Accord international de 1968 sur le Café tel que prorogé devrait rester en vigueur au-delà du 30 septembre 1975,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article premier

L'Accord international de 1968 sur le Café tel que prorogé (ci-après dénommé «l'Accord») reste en vigueur entre les Parties au présent Protocole jusqu'au 30 septembre 1976. Si un nouvel Accord international entrait en vigueur avant cette date, le présent Protocole cesserait d'avoir effet à la date d'entrée en vigueur du nouvel Accord international sur le Café. Si, au 30 septembre 1976, un nouvel Accord a été négocié et a reçu un nombre suffisant de signatures pour lui permettre d'entrer en vigueur après son approbation, sa ratification ou son acceptation conformément aux dispositions pertinentes mais s'il n'est pas

(Übersetzung)

Die Vertragsregierungen dieses Protokolls —

IN DER ERWÄGUNG, daß das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 1968 in der Fassung der Verlängerung nach seinem Artikel 69 Absatz 1 am 30. September 1975 außer Kraft tritt;

IN DER ERWÄGUNG, daß zum Aushandeln eines neuen Übereinkommens mit wirtschaftlichen Bestimmungen und zur Durchführung der verfassungsrechtlichen Verfahren zur Genehmigung, Ratifikation oder Annahme so viel Zeit erforderlich ist, daß ein solches Übereinkommen nicht am 1. Oktober 1975 in Kraft treten kann, und

IN DER ERWÄGUNG, daß das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 1968 in der Fassung der Verlängerung über den 30. September 1975 hinaus in Kraft bleiben sollte, damit genügend Zeit für das Aushandeln eines neuen Übereinkommens und den Abschluß der erforderlichen verfassungsrechtlichen Verfahren gewonnen wird —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 1968 in der Fassung der Verlängerung (im folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet) bleibt zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls bis zum 30. September 1976 in Kraft. Sollte vor diesem Tag ein neues Internationales Kaffee-Übereinkommen in Kraft treten, so tritt dieses Protokoll mit dem Tag des Inkrafttretens des neuen Internationalen Kaffee-Übereinkommens außer Kraft. Ist bis zum 30. September 1976 ein neues Übereinkommen ausgehandelt und von einer ausreichenden Zahl von Vertragsparteien unterzeichnet worden, so daß es nach Genehmigung,

but has not entered into force either provisionally or definitively, the present instrument shall continue in force until the entry into force of the new Agreement, provided that the period of such extension shall not exceed twelve months.

entré en vigueur provisoirement ou définitivement, le présent instrument sera maintenu jusqu'à l'entrée en vigueur du nouvel Accord, à condition que la période de prorogation ne dépasse pas douze mois.

Ratifikation oder Annahme in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten kann, ist es jedoch weder vorläufig noch endgültig in Kraft getreten, so bleibt die vorliegende Übereinkunft bis zum Inkrafttreten des neuen Übereinkommens in Kraft, sofern die Dauer der Verlängerung zwölf Monate nicht überschreitet.

Article 2

(1) Governments may become Party to this Protocol:

(a) by signing it;

(b) by approving, ratifying or accepting it, after having signed it subject to approval, ratification or acceptance; or

(c) by acceding to it in accordance with the provisions of Article 6 of this Protocol.

(2) On signing this Protocol, each signatory Government shall state formally whether, in conformity with its constitutional procedure, its signature is or is not subject to approval, ratification or acceptance.

Article 2

1) Les Gouvernements peuvent devenir Parties au présent Protocole:

a) En le signant;

b) En l'approuvant, en le ratifiant ou en l'acceptant, après l'avoir signé sous réserve de son approbation, ratification ou acceptation; ou

c) En y adhérant, conformément aux dispositions de l'Article 6 du présent Protocole.

2) En signant ce Protocole, chaque Gouvernement signataire ou adhérent indiquera formellement si, conformément à sa procédure constitutionnelle, sa signature est soumise à l'approbation, la ratification ou l'acceptation, ou si elle n'y est pas soumise.

Artikel 2

(1) Regierungen können Vertragsparteien dieses Protokolls werden,

a) indem sie es unterzeichnen;

b) indem sie es genehmigen, ratifizieren oder annehmen, nachdem sie es vorbehaltlich der Genehmigung, Ratifikation oder Annahme unterzeichnet haben, oder

c) indem sie ihm nach seinem Artikel 6 beitreten.

(2) Bei der Unterzeichnung dieses Protokolls erklärt jede Unterzeichnerregierung förmlich, ob ihre Unterschrift nach ihrem verfassungsrechtlichen Verfahren vorbehaltlich der Genehmigung, Ratifikation oder Annahme geleistet wird oder nicht.

Article 3

This Protocol shall remain open at the headquarters of the United Nations from 1 November 1974 until and including 31 March 1975 for signature by any Government which on the date of signature is a Party to the Agreement.

Article 3

Le présent Protocole sera, du 1er novembre 1974 jusqu'au 31 mars 1975 inclusivement, ouvert, au siège des Nations Unies, à la signature de tout Gouvernement Partie à l'Accord à la date de la signature.

Artikel 3

Dieses Protokoll liegt vom 1. November 1974 bis zum 31. März 1975 am Sitz der Vereinten Nationen für jede Regierung, die am Tag der Unterzeichnung Vertragspartei des Übereinkommens ist, zur Unterzeichnung auf.

Article 4

In cases in which approval, ratification or acceptance is required, the appropriate instruments shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations not later than 30 September 1975.

Article 4

Dans les cas où l'approbation, la ratification ou l'acceptation est exigée, les instruments appropriés seront déposés auprès du Secrétaire général des Nations Unies, au plus tard le 30 septembre 1975.

Artikel 4

Ist eine Genehmigung, Ratifikation oder Annahme erforderlich, so werden die entsprechenden Urkunden bis zum 30. September 1975 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 5

(1) This Protocol shall enter into force definitively on 1 October 1975 among those Governments which have signed this Protocol or, should their constitutional procedures so require, which have deposited instruments of approval, ratification or acceptance if, on that date, such Governments represent at least twenty exporting Members holding a majority of the votes of the exporting Members and at least ten importing Members holding a majority of the votes of the importing Members. The votes for this purpose shall be as distributed in the Annex to this Protocol. Alternatively, it shall enter into force definitively at any time after it is provisionally in force and the requirements of this paragraph are satisfied. This Protocol shall enter

Article 5

1) Le présent Protocole entrera en vigueur définitivement le 1er octobre 1975 entre les Gouvernements qui l'ont signé ou, si leur procédure constitutionnelle l'exige, qui ont déposé des instruments d'approbation, de ratification ou d'acceptation si, à cette date, ces Gouvernements représentent au moins vingt Membres exportateurs détenant la majorité des voix des Membres exportateurs, et au moins dix Membres importateurs détenant la majorité des voix des Membres importateurs. Les voix à cette fin seront réparties selon qu'il est indiqué à l'Annexe au présent Protocole. Ou bien, le Protocole entrera en vigueur définitivement à n'importe quel moment après qu'il est entré provisoirement en vigueur et que sont remplies les conditions du présent paragraphe.

Artikel 5

(1) Dieses Protokoll tritt endgültig am 1. Oktober 1975 zwischen den Regierungen in Kraft, die es unterzeichnet haben, oder, falls es ihre verfassungsrechtlichen Verfahren erfordern, die eine Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunde hinterlegt haben, wenn diese Regierungen an dem genannten Tag mindestens zwanzig Ausfuhrmitglieder vertreten, die über die Mehrheit der den Ausfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen verfügen, sowie mindestens zehn Einfuhrmitglieder, die über die Mehrheit der den Einfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen verfügen. Die Stimmen werden zu diesem Zweck in der in der Anlage dieses Protokolls angegebenen Weise aufgeteilt. Im übrigen tritt das Protokoll jederzeit nach seinem vorläufigen Inkrafttreten endgül-

into force definitively for any Government which deposits an instrument of approval, ratification, acceptance or accession subsequent to the definitive entry into force of the Agreement for other Governments, on the date of such deposit.

(2) This Protocol may enter into force provisionally on 1 October 1975. For this purpose a notification by a signatory Government containing an undertaking to apply this Protocol provisionally and to seek approval, ratification or acceptance of this Protocol in accordance with its constitutional procedures as rapidly as possible, which is received by the Secretary-General of the United Nations not later than 30 September 1975, shall be regarded as equal in effect to an instrument of approval, ratification or acceptance. A Government which undertakes to apply this Protocol provisionally pending the deposit of an instrument of approval, ratification or acceptance shall be regarded as a provisional Party thereto until it deposits its instrument of approval, ratification or acceptance, or up to and including 31 December 1975, whichever is the earlier. For any Government which is applying this Protocol provisionally the Council may grant an extension of the time within which such Government may deposit its instrument of approval, ratification or acceptance.

(3) If this Protocol has not entered into force definitively or provisionally on 1 October 1975 those Governments which have signed it or deposited instruments of approval, ratification or acceptance or notifications containing an undertaking to apply this Protocol provisionally and to seek approval, ratification or acceptance, may immediately after that date consult together to consider what action the situation requires and may, by mutual consent, decide that it shall enter into force among themselves. Similarly, if this Protocol has entered into force provisionally but has not entered into force definitively by 31 December 1975, those Governments which have deposited instruments of approval, ratification or acceptance may consult together to consider what action the situation requires and may, by mutual consent, decide that it shall continue in force provisionally or enter into force definitively among themselves.

Pour tout Gouvernement qui a déposé un instrument d'approbation, de ratification, d'acceptation ou d'adhésion ultérieurement à l'entrée en vigueur définitive de l'Accord pour d'autres Gouvernements, le présent Protocole entrera en vigueur définitivement à la date du dépôt de cet instrument.

2) Le présent Protocole pourra entrer provisoirement en vigueur le 1er octobre 1975. À cette fin, si un Gouvernement signataire notifie au Secrétaire général des Nations Unies qui recevra la notification au plus tard le 30 septembre 1975, qu'il s'engage à appliquer provisoirement le présent Protocole et à chercher à obtenir, aussi vite que le permet sa procédure constitutionnelle, l'approbation, la ratification ou l'acceptation du présent Protocole, cette notification est considérée comme de même effet qu'un instrument d'approbation, de ratification ou d'acceptation. Un Gouvernement qui s'engage à appliquer provisoirement les dispositions du présent Protocole en attendant le dépôt d'un instrument d'approbation, de ratification ou d'acceptation sera provisoirement considéré comme Partie au Protocole jusqu'à celle des deux dates qui sera la plus proche: celle du dépôt de son instrument d'approbation, de ratification ou d'acceptation, ou le 31 décembre 1975 inclusivement. À tout Gouvernement qui applique provisoirement le présent Protocole, le Conseil pourra accorder une prorogation du délai pendant lequel il peut déposer son instrument d'approbation, de ratification ou d'acceptation.

3) Si le Protocole n'est pas entré en vigueur définitivement ou provisoirement le 1er octobre 1975, les Gouvernements qui l'auront signé ou qui auront déposé leurs instruments d'approbation, de ratification ou d'acceptation ou qui auront notifié l'engagement d'appliquer ce Protocole provisoirement et de chercher à obtenir son approbation, sa ratification ou son acceptation pourront, immédiatement après cette date, se consulter pour envisager les mesures à prendre et pourront, d'un commun accord, décider que l'Accord entrera en vigueur entre eux. De même, si le Protocole est entré en vigueur provisoirement mais n'est pas entré en vigueur définitivement le 31 décembre 1975, les Gouvernements qui ont déposé leurs instruments d'approbation, de ratification ou d'acceptation pourront se consulter pour envisager les mesures à prendre et pourront, d'un commun accord, décider que l'Accord continue d'être en vigueur provisoirement ou qu'il entrera en vigueur définitivement entre eux.

tig in Kraft, wenn die Voraussetzungen dieses Absatzes erfüllt sind. Für Regierungen, die eine Genehmigungs-, Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegen, nachdem das Übereinkommen für andere Regierungen endgültig in Kraft getreten ist, tritt das Protokoll am Tag einer solchen Hinterlegung endgültig in Kraft.

(2) Dieses Protokoll kann am 1. Oktober 1975 vorläufig in Kraft treten. Zu diesem Zweck gilt eine bis zum 30. September 1975 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangene Notifikation einer Unterzeichnerregierung, wonach diese zusagt, das Protokoll vorläufig anzuwenden und die Genehmigung, Ratifikation oder Annahme dieses Protokolls nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren so bald wie möglich zu erwirken, als der Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunde gleichwertig. Eine Regierung, die sich verpflichtet, dieses Protokoll bis zur Hinterlegung einer Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunde vorläufig anzuwenden, gilt bis zur Hinterlegung ihrer Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunde oder bis zum 31. Dezember 1975, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt, vorläufig als Vertragspartei. Der Rat kann jeder Regierung, die dieses Protokoll vorläufig anwendet, eine Verlängerung der Zeit zugestehen, in der die Regierung ihre Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunde hinterlegen kann.

(3) Ist dieses Protokoll am 1. Oktober 1975 nicht endgültig oder vorläufig in Kraft getreten, so können die Regierungen, die es unterzeichnet oder Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunden hinterlegt oder Notifikationen mit der Zusage übermittelt haben, dieses Protokoll vorläufig anzuwenden und die Genehmigung, Ratifikation oder Annahme zu erwirken, sogleich nach diesem Tag einander darüber konsultieren, welche Schritte sie auf Grund der Lage für erforderlich halten; sie können im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, daß es zwischen ihnen in Kraft tritt. Ist das Protokoll am 31. Dezember 1975 vorläufig, aber nicht endgültig in Kraft getreten, so können Regierungen, die Genehmigungs-, Ratifikations- oder Annahmeurkunden hinterlegt haben, gleichfalls einander darüber konsultieren, welche Schritte sie auf Grund der Lage für erforderlich halten; sie können im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, daß es zwischen ihnen vorläufig in Kraft bleibt oder endgültig in Kraft tritt.

Article 6

(1) The Government of any State Member of the United Nations or any of its specialized agencies may accede to this Protocol upon conditions which shall be established by the Council.

(2) Such Government depositing an instrument of accession shall, at the time of such deposit, indicate whether it is joining the Organization as an exporting Member or an importing Member, as defined in paragraphs (7) and (8) of Article 2 of the Agreement.

(3) Instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations. The accession will take effect upon deposit of the instrument.

Article 7

Any Government which becomes a Party to this Protocol may make the notifications in respect of Group Membership or Dependent Territories referred to in Articles 5 and 65 of the Agreement subject to the provisions thereof.

Article 8

The Agreement and this Protocol shall be regarded as one single instrument and shall be known as the International Coffee Agreement 1968 as Extended by Protocol.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed this Protocol on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of the present Protocol in the English, French, Portuguese and Spanish languages shall all be equally authentic. The originals shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations who shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding Party to this Protocol.

The text of this Protocol was approved by Resolution number 273 of the International Coffee Council on 26 September 1974.

Article 6

1) Le Gouvernement de tout État Membre des Nations Unies ou d'une de leurs institutions spécialisées peut adhérer au présent Protocole à des conditions à fixer par le Conseil.

2) Chaque Gouvernement qui dépose un instrument d'adhésion indique, au moment du dépôt, s'il entre dans l'Organisation comme Membre exportateur ou comme Membre importateur selon les définitions données aux paragraphes 7) et 8) de l'Article 2 de l'Accord.

3) Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général des Nations Unies. L'adhésion prendra effet dès le dépôt de l'instrument.

Article 7

Tout Gouvernement qui devient Partie au présent Protocole peut faire les notifications relatives à la participation en groupe ou aux territoires dépendants mentionnées aux Articles 5 et 65 de l'Accord sous réserve que soient observées les dispositions desdits Articles.

Article 8

L'Accord et le présent Protocole seront considérés comme un seul instrument qui sera dénommé l'Accord international de 1968 sur le Café tel que prorogé par un Protocole.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement, ont signé le présent Protocole aux dates qui figurent en regard de leur signature.

Les textes du présent Protocole en anglais, français, espagnol et portugais font tous également foi. Les originaux sont déposés auprès du Secrétaire général des Nations Unies qui en adresse copie certifiée conforme à chaque Gouvernement signataire ou adhérent.

Le texte du présent Protocole a été approuvé par le Conseil international du Café dans la Résolution numéro 273 le 26 septembre 1974.

Artikel 6

(1) Die Regierung jedes Mitgliedstaats der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen kann unter den vom Rat festzusetzenden Bedingungen diesem Protokoll beitreten.

(2) Jede Regierung, die eine Beitrittsurkunde hinterlegt, hat bei der Hinterlegung anzugeben, ob sie der Organisation als Ausfuhr- oder als Einfuhrmitglied im Sinne des Artikels 2 Absätze 7 und 8 des Übereinkommens beitritt.

(3) Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen. Der Beitritt wird mit Hinterlegung der Urkunde wirksam.

Artikel 7

Eine Regierung, die Vertragspartei dieses Protokolls wird, kann die Notifikationen hinsichtlich der in den Artikeln 5 und 65 des Übereinkommens erwähnten Gruppenmitgliedschaft oder abhängigen Hoheitsgebiete vorbehaltlich der Bestimmungen jener Artikel vornehmen.

Artikel 8

Das Übereinkommen und dieses Protokoll gelten als eine einzige Übereinkunft und werden als das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 1968 in der Fassung der Verlängerung durch Protokoll bezeichnet.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an den neben ihrer Unterschrift vermerkten Tagen unterschrieben.

Der englische, französische, portugiesische und spanische Wortlaut dieses Protokolls ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt jeder Vertragspartei, die dieses Protokoll unterzeichnet oder ihm beitritt, beglaubigte Abschriften.

Der Wortlaut dieses Protokolls wurde am 26. September 1974 mit Entschließung Nr. 273 des Internationalen Kaffeerats genehmigt.

Annex

Distribution of Votes

Member	Exporting	Importing
Australia	4	—
Belgium *)	—	31
Bolivia	4	—
Brazil	329	—
Burundi	8	—
Canada	—	35
Colombia	112	—
Costa Rica	21	—
Cyprus	—	5
Czechoslovakia	—	10
Denmark	—	25
Dominican Republic	12	—
Ecuador	16	—
El Salvador	34	—
Ethiopia	27	—
Federal Republic of Germany	—	116
Finland	—	20
France	—	92
Ghana	4	—
Guatemala	32	—
Guinea	6	—
Haiti	12	—
Honduras	11	—
India	11	—
Indonesia	25	—
Jamaica	4	—
Japan	—	39
Kenya	17	—
Liberia	4	—
Mexico	31	—
Netherlands	—	50
New Zealand	—	7
Nicaragua	13	—
Nigeria	4	—
Norway	—	17
OAMCAF	87	—
OAMCAF	(4)	—
Cameroon	(15)	—
Central African Republic	(3)	—
Congo	(1)	—
Dahomey	(1)	—
Gabon	(1)	—
Ivory Coast	(45)	—
Madagascar	(14)	—
Togo	(3)	—
Panama	4	—
Paraguay	4	—
Peru	16	—
Portugal	47	—
Rwanda	6	—
Sierra Leone	6	—
Spain	—	29
Sweden	—	40
Switzerland	—	27
Tanzania	15	—
Trinidad and Tobago	4	—
Uganda	41	—
United Kingdom	—	57
United States of America	—	400
Venezuela	9	—
Zaire	20	—
Total	1,000	1,000

*) Including Luxembourg.

Annexe

Répartition des voix

Pays	Exportateurs	Importateurs
Australie	4	—
Belgique *)	—	31
Bolivie	4	—
Brésil	329	—
Burundi	8	—
Canada	—	35
Chypre	—	5
Colombie	112	—
Costa Rica	21	—
Danemark	—	25
El Salvador	34	—
Équateur	16	—
Espagne	—	29
États-Unis d'Amérique	—	400
Éthiopie	27	—
Finlande	—	20
France	—	92
Ghana	4	—
Guatemala	32	—
Guinée	6	—
Haïti	12	—
Honduras	11	—
Inde	11	—
Indonésie	25	—
Jamaïque	4	—
Japon	—	39
Kenya	17	—
Libéria	4	—
Mexique	31	—
Nicaragua	13	—
Nigéria	4	—
Norvège	—	17
Nouvelle-Zélande	—	7
OAMCAF	87	—
OAMCAF	(4)	—
Cameroun	(15)	—
Congo (République populaire)	(1)	—
Côte d'Ivoire	(45)	—
Dahomey	(1)	—
Gabon	(1)	—
Madagascar	(14)	—
République centrafricaine	(3)	—
Togo	(3)	—
Ouganda	41	—
Panama	4	—
Paraguay	4	—
Pays-Bas	—	50
Pérou	16	—
Portugal	47	—
République fédérale d'Allemagne	—	116
République Dominicaine	12	—
Royaume-Uni	—	57
Rwanda	6	—
Sierra Leone	6	—
Suède	—	40
Suisse	—	27
Tanzanie	15	—
Tchécoslovaquie	—	10
Trinité et Tobago	4	—
Venezuela	9	—
Zaïre	20	—
Total	1 000	1 000

*) Y compris le Luxembourg.

Anlage

Verteilung der Stimmen

Mitglieder	Ausfuhr-mitglieder	Einfuhr-mitglieder
Äthiopien	27	—
Australien	4	—
Belgien *)	—	31
Bolivien	4	—
Brasilien	329	—
Burundi	8	—
Costa Rica	21	—
Dänemark	—	25
Bundesrepublik Deutschland	—	116
Dominikanische Republik	12	—
Ecuador	16	—
El Salvador	34	—
Finnland	—	20
Frankreich	—	92
Ghana	4	—
Guatemala	32	—
Guinea	6	—
Haiti	12	—
Honduras	11	—
Indien	11	—
Indonesien	25	—
Jamaika	4	—
Japan	—	39
Kanada	—	35
Kenia	17	—
Kolumbien	112	—
Liberia	4	—
Mexiko	31	—
Neuseeland	—	7
Nicaragua	13	—
Niederlande	—	50
Nigeria	4	—
Norwegen	—	17
OAMCAF	87	—
OAMCAF	(4)	—
Dahome	(1)	—
Elfenbeinküste	(45)	—
Gabun	(1)	—
Kamerun	(15)	—
Kongo	(1)	—
Madagaskar	(14)	—
Togo	(3)	—
Zentralafrikanische Republik	(3)	—
Panama	4	—
Paraguay	4	—
Peru	16	—
Portugal	47	—
Ruanda	6	—
Schweden	—	40
Schweiz	—	27
Sierra Leone	6	—
Spanien	—	29
Tansania	15	—
Trinidad und Tobago	4	—
Tschechoslowakei	—	10
Uganda	41	—
Venezuela	9	—
Vereinigtes Königreich	—	57
Vereinigte Staaten von Amerika	—	400
Zaire	20	—
Zypern	—	5
Insgesamt	1 000	1 000

*) einschließlich Luxemburgs.

Übersicht
über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 297. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Oktober 1975, ist im Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen
und
auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 kann zum Preis von 1,– DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger" Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.